



Hamburg, 23.6.2014

Pressemitteilung der Rechtsschutz Lebensqualität Wilhelmsburg

65 Mio., 135 Mio., 190Mio. oder 240Mio. Euro? Wie teuer soll die Wilhelmsburger Reichsstraße noch werden?

Im Frühjahr 2009 warb die damalige Senatorin Anja Hajduk für das Projekt „Neue Reichsstraße“ bei der im Bürgerhaus versammelten Bevölkerung. Die Kernpunkte waren: „Bester Lärmschutz“, Stadtentwicklung für die „neue Mitte“, Fertigstellung zur IBA/IGS 2013. Nicht zu vergessen, so rechnete die Senatorin vor, die Kosten für all diese Vorteile seien gleich mit denen die eine Sanierung der jetzigen Reichsstraße verursachen würde, nämlich 65 Mio. Euro. Hamburg bekäme die Straße praktisch vom Bund geschenkt oder müsste nur ganz wenig dazu bezahlen. Während die Anwesenden die Aussicht auf eine weitere Autobahn quer durch ihrem Stadtteil wenig attraktiv fanden, befürwortete die Bürgerschaft das Projekt der Senatorin angesichts der vermeintlichen Vorteile und der geringen Kosten. Zwei Jahre später waren zumindest zwei Tatsachen unumstößlich. Erstens war der ehemals geplante Fertigstellungstermin vollkommen illusorisch, obwohl die damalige Senatorin inzwischen Herlind Gundelach (CDU) stets das Gegenteil beteuerte und zweitens hatten sich die Kosten damals bereits mehr als verdoppelt auf nun mehr 135 Mio. Euro.

Heute ist aus dem inzwischen beim Oberverwaltungsgericht anhängigen Verfahren bekannt, dass aus dem „Besten Lärmschutz“ ein Lärmschutz wurde, der häufig die Grenzwerte für eine Gesundheitsgefährdung nicht erfüllen kann, ansonsten haarscharf unter dieser Schwelle gerechnet wurde und damit weit über den für Wohngebiete zugelassenen Grenzwerten liegt. Nun fünf Jahre nach Vorstellung der Planungen und dem Abschluss einer stark defizitären IBA/IGS halten sich die beworbenen Stadtentwicklungspotentiale ebenfalls in sehr engen Grenzen. Wirklich entscheidend verändert haben sich allerdings die Kosten.



Wie der jetzige, SPD geführte Senat in einer Antwort auf Anfrage von Heike Sudmann (Linke) bestätigte, haben sich die Kosten bereits annähernd verdreifacht (ca. 190 Mio. Euro). Auch der Anteil den Hamburg tragen muss, steigt unaufhörlich. So ist weder der Aufwand für provisorische Maßnahmen an der WRS (z.B. Brücke über Ernst-August Kanal) berücksichtigt worden, noch die Kosten für die Lärminderung für die IBA/IGS (Offenporiger Asphalt und provisorische Lärmschutzwände) und die Brücken über WRS im Bereich der IGS. Es fehlen gänzlich die Aufwendungen für die provisorische Brücke für Fußgänger/ Radfahrer an der Kornweide. Ebenso die zusätzlichen Aufwendungen für die Lärmschutzwand an der IGS (die für den Schutz der Pflanzen vor dem Bahnlärm gebaut wurde) sind nicht enthalten.

Auch die Kosten für die dann notwendigen Anpassungen des bezirklichen Verkehrsnetzes, besonders Rotenhäuserstraße, Dratelnstraße, Rubbertstraße etc. bleiben unerwähnt. Neben der Tatsache, dass eine ruhige 30iger Zone ohne LKW Verkehr zum Zubringer für die geplante Anschlussstelle Wilhelmsburger Mitte umgebaut werden müsste. Selbst der Planfeststellungsbeschluss bescheinigt hier der Planung eine suboptimale Lage der Anschlussstelle.

Und schließlich wurden auch noch die Aufwendungen für den Rückbau der WRS einschließlich der Brücke über den Ernst-August-Kanal und den dadurch verursachten neuen Ausgleichsmaßnahmen verschwiegen.

Auch ist es nicht Aufgabe der Bundesfernstraßenplanung für Stadtentwicklung zu sorgen, hier ist der Verkehrszweck das entscheidende Kriterium. Knapp vier Kilometer Straße um 300-400m zu verschieben, um ca.30 Sekunden Zeitersparnis gegen mindestens 240 Mio. Euro zu tauschen erscheint mehr als nur fragwürdig.

Letztendlich kann es dem Steuerzahler egal sein aus welchem Topf das Geld kommt, das hier bereits geflossen ist oder noch fließen soll. Bemerkenswert ist die Tatsache mit welchen absurden Versprechungen dieses Projekt begonnen wurde und wie wenig Kontrolle die zuständigen Stellen leisten können oder wollen. Aber damit steht dieses Projekt ja nicht alleine in Hamburg oder der Bundesrepublik da.